

Verweise

Betroffenenberatung Niedersachsen – Regionalbüro Süd

Beratung für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt

www.betroffenenberatung.de

RausZeit – Ausstiegshilfe Rechts

www.arug-zdb.de/rauszeitausstieg

Antifaschistisches Bildungszentrum und Archiv Göttingen e.V.

www.antifaschistisches-archiv.org/das-abag

Recherche 38

www.recherche38.info

Weiterführende Informationen

Recherche Nord

www.recherche-nord.com

Twitter

[@doku_nKuhn](https://twitter.com/doku_nKuhn)

[@foto_kemp](https://twitter.com/foto_kemp)

[@dokurechts](https://twitter.com/dokurechts)

[@M000X](https://twitter.com/M000X)

[@recherchenorth](https://twitter.com/recherchenorth)



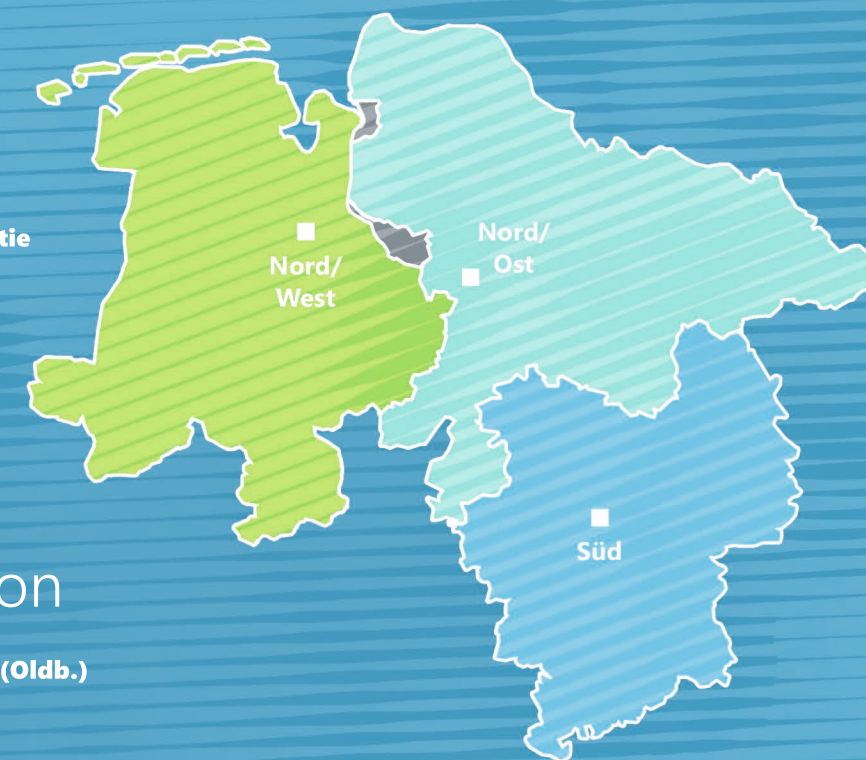
Kontakt

Mobile Beratung Niedersachsen
gegen Rechtsextremismus für Demokratie

Web: www.mbt-niedersachsen.de

E-Mail: info@mbt-niedersachsen.de

Twitter: @MBTnds



Für Sie in der Region

Regionalbüro Nord/West in Oldenburg (Oldb.)

E-Mail: nordwest@mbt-niedersachsen.de

Telefon: 0157 328 835 89

Regionalbüro Nord/Ost in Verden (Aller)

E-Mail: nordost@mbt-niedersachsen.de

Telefon: 0152 213 590 11

Regionalbüro Süd in Hildesheim

E-Mail: sued@mbt-niedersachsen.de

Telefon: 0152 034 314 29

JAHRESBERICHT 2020 DER
MOBILEN BERATUNG NIEDERSACHSEN

EXTREM RECHTE STRUKTUREN UND AKTUELLE ENTWICKLUNGEN IM SÜDEN

Träger:

WABE e.V.

Holzmarkt 15

27283 Verden (Aller)



Gefördert vom



im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie *leben!*



Landespräventionsrat
Niedersachsen
LPR
Landes-Demokratiezentrum
Niedersachsen
LDZ

Die Veröffentlichung stellt
keine Meinungsäußerung des
BMFSFJ, des BAFzA oder
des L-DZ Niedersachsen dar.

Niedersachsen

Mobile Beratung
gegen Rechtsextremismus

für Demokratie

Die extreme Rechte zwischen Harz und Heide

Die Zuständigkeit des Regionalbüros Süd der `Mobilen Beratung Niedersachsen. Gegen Rechtsextremismus für Demokratie´ umfasst 14 Landkreise und kreisfreie Städte, von der Region Hannover im Norden, dem Landkreis Gifhorn im Nordosten, dem Landkreis Hameln-Pyrmont im Westen bis in den Landkreis Göttingen im Süden. Die Region umfasst sehr unterschiedliche Sozialräume mit verschiedenen Herausforderungen und Ressourcen. Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus und andere Ideologien der Ungleichwertigkeit führen in der Region immer wieder zu Herausforderungen und dem Bedarf nach Beratung und Unterstützungen vor Ort Dieser Flyer hat keinerlei Anspruch auf Vollständigkeit und ist lediglich ein externer Blick des Beratungsteams auf die Region, der ohne die Informationen der engagierten Zivilgesellschaft vor Ort sowie Fachjournalist*innen nicht möglich wäre.

Zwischen Raumnahme und Rückzug

In den letzten Jahren haben sich die regionalen Zusammenschlüsse und Erscheinungsformen der extremen Rechten immer wieder verändert und ebenso ihre Aktions- und Themenschwerpunkte. Die Bedeutungsverluste von klassischen neonazistischen Parteien wie der NPD oder der Partei Die Rechte sind auch in der Region Südniedersachsen sichtbar durch eine Mobilisierungsschwäche der Szene. Nichtsdestotrotz haben sowohl die Jugendorganisation der NPD, die Jungen Nationalisten (JN), als auch die Kleinstpartei Die Rechte ihre regionalen Aktionsschwerpunkte in der kreisfreien Stadt Braunschweig und dem Landkreis Northeim, mit dem Schwerpunkt in der Stadt Einbeck. Dies führt in der Region zu großen Herausforderungen und macht Südniedersachsen zu einer Schwerpunktregion des Neonazismus in Niedersachsen. Hinzu kommen freie Gruppen und Aktivist*innen, die sich in dem Umfeld dieser Organisationen bewegen. Die aktiven Neonazis kommen dabei auch aus umliegenden Landkreisen wie Goslar, Hildesheim, Salzgitter etc. und zeigen dabei die enge Vernetzung der Akteur*innen, über Partei- und Gruppengrenzen hinweg. Es lässt sich festhalten, dass die aktiven Neonazis dieser Zusammenhänge eine aktive Strategie der Raumnahme verfolgen, die sichtbar wird durch zahlreiche Versammlungen, Einschüchterungen Gegner*innen markierten Personen sowie schwere Angriffe.

Sehr deutlich wurden die Militanz und Gewaltbereitschaft der Szenen durch die langanhaltenden Angriffe und Bedrohungen gegen einen Fachjournalisten in Braunschweig sowie einen schweren Sprengstoffanschlag auf das Haus einer Engagierten in Einbeck. Doch auch darüber hinaus stellt rassistische, antisemitische, queerfeindliche, anti-linker sowie sozialdarwinistische Gewalt eine prägende Alltagserfahrung für Betroffene in der Region dar. Rechte Gewalt ist klar als Botschaftstat zu benennen und als Tat, die durch die Ideologie der Ungleichwertigkeit motiviert ist. Damit entspricht sie keineswegs dem verbreiteten Mythos von „Konfrontationsgewalt“, sondern kann vielmehr alle Personen treffen, die in der rechtsextremen Ideologie als Feindbilder markiert werden.

Auch die Alternative für Deutschland (AfD) Niedersachsen, die nach dem diesjährigen Landesparteitag in Braunschweig mit neugewähltem Landesvorstand und einem neuen Landesvorsitzenden aus dem Kreisverband Northeim offensichtlicher dem rechten Parteiflügel zugehörig ist, stellt in der Region eine Herausforderung dar, für alle, die sich für eine offene und liberale Gesellschaft einsetzen. Durch Anfragen, Anträge und Veranstaltungen der AfD vor Ort werden zum Teil rassistische, antiliberale Positionen verbreitet, die politische Diskussion verroht und die Arbeit von antirassistischen Initiativen, Kulturbetrieben und anderen gesellschaftlichen Akteur*innen diskreditiert und infrage gestellt.

Brennglas Corona-Pandemie

An vielen Orten in der Region kommt es seit Beginn der Covid-19 Pandemie und der Anti-Corona-Maßnahmen zu Protesten, die nach rechts nicht abgegrenzt sind und sich zunehmend radikalisieren. Auch wenn die Proteste zum Teil sehr unterschiedlich sind, vereinen diese ein Spektrum aus Impfgegner*innen, Esoteriker*innen, Verschwörungsideolog*innen, Reichsbürger*innen, Neonazis sowie AfD-Politiker*innen und deren Anhänger*innen. Die Corona-Pandemie fungiert hier als Brennglas von antisemitischen Bildern und Verschwörungserzählungen und trägt diese Erzählungen in eine breitere Gesellschaft hinein. Damit einher geht die Normalisierung extrem rechter Strukturen und Ideologien sowie die Festigung von Feindbildern.

Nicht zuletzt zeigt sich in der populistischen Selbstinszenierung der wissenschaftsfeindlichen Proteste als vermeintliche „Aufdecker*innen von politischem Filz“ und der Anprangerung medialer Berichterstattung („Lügenpresse“) selbst eine tiefgreifend undemokratische Haltung. Der Umgang mit diesem Phänomen wird auch weiterhin eine Herausforderung für den öffentlichen Raum, das zivilgesellschaftliche Engagement, das private sowie das berufliche Umfeld darstellen.

Wachsamer Zivilgesellschaft

Im Süden Niedersachsens gibt es eine wachsamer und aktive Zivilgesellschaft, die rechtsextremen, rassistischen und antisemitischen Positionen eine klare menschenrechtsorientierte Position entgegenstellt und aktiv für eine offene, liberale Gesellschaft eintritt. Trotz der durch die Covid-19 Pandemie erschwerten Handlungsbedingungen gab es nahezu keine Veranstaltung der extremen Rechten, die ohne einen antifaschistischen zivilgesellschaftlichen Gegenprotest blieb. Die antirassistischen Black Lives Matter-Demonstrationen in vielen Städten der Region (u.a. Hannover, Göttingen, Hildesheim und Braunschweig) haben es geschafft, Rassismus als strukturelles Problem sichtbar zu machen und eine Debatte darüber anzustoßen. Auch die zivilgesellschaftliche Auseinandersetzung mit den lokalen, extrem rechten Protesten gegen die Anti-Corona-Maßnahmen führten zu einer stärkeren Beschäftigung mit Antisemitismus und Verschwörungserzählungen in vielen unterschiedlichen Bereichen. Die Zivilgesellschaft der Region, ob engagierte Einzelperson, Betrieb, Gewerkschaft, Verein oder Bündnis, hat an ganz unterschiedlichen Stellen einen Betrag geleistet, für eine solidarische und vielfältige Gesellschaft.